

Auer Tageblatt

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluss Nr. 83.

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreise für Anzeigen und Anzeigen im Preis von 5 Pfennig, auswärts 6 Pfennig, 10 Pfennig, 20 Pfennig, 30 Pfennig, 40 Pfennig, 50 Pfennig, 60 Pfennig, 70 Pfennig, 80 Pfennig, 90 Pfennig, 1 Mark, 2 Mark, 3 Mark, 4 Mark, 5 Mark, 6 Mark, 7 Mark, 8 Mark, 9 Mark, 10 Mark, 15 Mark, 20 Mark, 25 Mark, 30 Mark, 35 Mark, 40 Mark, 45 Mark, 50 Mark, 55 Mark, 60 Mark, 65 Mark, 70 Mark, 75 Mark, 80 Mark, 85 Mark, 90 Mark, 95 Mark, 100 Mark, 110 Mark, 120 Mark, 130 Mark, 140 Mark, 150 Mark, 160 Mark, 170 Mark, 180 Mark, 190 Mark, 200 Mark, 210 Mark, 220 Mark, 230 Mark, 240 Mark, 250 Mark, 260 Mark, 270 Mark, 280 Mark, 290 Mark, 300 Mark, 310 Mark, 320 Mark, 330 Mark, 340 Mark, 350 Mark, 360 Mark, 370 Mark, 380 Mark, 390 Mark, 400 Mark, 410 Mark, 420 Mark, 430 Mark, 440 Mark, 450 Mark, 460 Mark, 470 Mark, 480 Mark, 490 Mark, 500 Mark, 510 Mark, 520 Mark, 530 Mark, 540 Mark, 550 Mark, 560 Mark, 570 Mark, 580 Mark, 590 Mark, 600 Mark, 610 Mark, 620 Mark, 630 Mark, 640 Mark, 650 Mark, 660 Mark, 670 Mark, 680 Mark, 690 Mark, 700 Mark, 710 Mark, 720 Mark, 730 Mark, 740 Mark, 750 Mark, 760 Mark, 770 Mark, 780 Mark, 790 Mark, 800 Mark, 810 Mark, 820 Mark, 830 Mark, 840 Mark, 850 Mark, 860 Mark, 870 Mark, 880 Mark, 890 Mark, 900 Mark, 910 Mark, 920 Mark, 930 Mark, 940 Mark, 950 Mark, 960 Mark, 970 Mark, 980 Mark, 990 Mark, 1000 Mark.

Verlagsgesellschaft Auer Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 83

Sonnabend, den 9. April 1932

27. Jahrgang

Deutschland und der französische Donauplan

Bisher keine Einigung

Die Donaukonferenz

London, 7. April. Reuter meldet: Auf der heutigen Sitzung wurde ein Einvernehmen nicht erzielt, da im Verlauf der Einzelgespräche Probleme aufgetaucht sind, zu deren genauer Klärung einige der Regierungen mehr Zeit zu haben wünschen, ehe sie auf bestimmte Punkte sich endgültig festlegen können. Wie Reuter weiter erzählt, wird die Konferenz morgen vielleicht beendet werden, falls sich das als die zweckmäßigste Methode erweisen sollte. Die in den Besprechungen zwischen MacDonald und Tardieu am Sonntag und Montag erörterten Vorschläge sind im Verlauf der gestrigen und heutigen Sitzungen der Viermächtekonferenz noch nicht sämtlich besprochen worden.

London, 7. April. Die Tatsache, daß der gestern eingeleitete Ausschuss der vier Delegationsführer der Donaukonferenz unter Teilnahme eines Sachverständigen seine heute vormittag im Foreign Office abgehaltene Sitzung wieder aufgenommen hat, und daß infolgedessen nicht, wie ursprünglich geplant, eine Vollversammlung der Konferenz stattfinden wird, um den Bericht des Ausschusses der Delegationsführer entgegenzunehmen, bedeutet zwar, daß die Verhandlungen der vier Mächte noch nicht ein Stadium erreicht haben, in dem mit Erfolg endgültige Vorschläge ausgearbeitet werden können, aber auf jeden Fall eine Fortsetzung der Erörterungen mit erhöhten Aussichten auf irgend eine Form der Vereinbarung.

Es war von Anfang an daran gezweifelt worden, daß es bereits in London zu einer konkreten Regelung des verwickeltesten Problems kommen könne. Alle Anzeichen deuten auch darauf hin, daß der Schwerpunkt der Donaukonferenz auf den Genf verlegt werden wird. Die wichtige Frage, ob in Genf parallel mit den Beratungen der vier Mächte eine Konferenz der fünf Donauländer stattfinden soll oder eine alle neun Staaten umfassende Konferenz, ist noch nicht entschieden. Es ist auch zweifelhaft, ob eine Entscheidung darüber bereits in London fallen dürfte. Wesentlich bekräftigen sowohl Deutschland als auch Italien das letztere Verfahren.

In der heute vormittag abgehaltenen Sitzung unterbreitete, wie anzunehmen ist, Staatssekretär von Willow eingehend den deutschen Standpunkt in der Donaufrage. Seine sehr maßvoll und überzeugend vorgebrachten Argumente verfielen, wie festzustellen war, nicht ihren Eindruck auf einen Teil der Delegierten, denen damit erstmals die deutsche Seite der Frage plastisch vor Augen geführt wurde. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Verhandlungen weiter entwickeln. Wenn keine unvorhergesehenen Momente, die eine konkrete Lösung leichter gestalten, in die Debatte gemorfen werden, dürfte die Verhandlungen morgen ihr Ende finden. Der nächste Akt würde sich dann in Genf abspielen. Die Delegationsführer waren heute mittag die Gäste des Luftfahrtministers Lord Londonderry.

Communiqué über die Donnerstagssitzung

London, 7. April. Heute abend ist folgendes Communiqué veröffentlicht worden: Der von der Viermächte-Konferenz ernannte Ausschuss tagte sowohl heute vormittag als auch heute nachmittag im Foreign Office und prüfte im einzelnen die auf der Konferenz unterbreiteten Hauptvorschläge. Die Konferenz wird morgen von dem Ergebnis der Erörterungen in Kenntnis gesetzt werden.

Ablehnung eines italienischen Kompromißvorschlages in der Donaufrage durch Tardieu?

London, 8. April. „Daily Telegraph“ meldet, Tardieu habe gestern abend von Paris aus telephonisch einen Kompromißvorschlag des italienischen Außenministers Grandi verworfen, wonach eine Neunmächtekonferenz nach Genf mit „elastischerer Prozedur“ einberufen werden sollte. Tardieu habe gesagt, die Annahme dieses Vorschlages würde die grundlegenden Schwierigkeiten eher steigern als lösen.

Französische Presse auf der Suche nach dem Sündenbock

Einselrigkeit in der Beschuldigung Deutschlands

Paris, 7. April. Die Berichte, die die französische Presse über den gestrigen Verhandlungstag der Viermächtekonferenz enthält, sind auf einen Ton abgestimmt, der, wenn man sich so ausdrücken darf, das Warten einer Verleumdung vermuten läßt. Die Durchsicht der Berichte kommt am stärksten zum Ausdruck durch den Außenminister des „Echo de Paris“, der, der gefälligen Einstellung des Blattes entsprechend, schreibt, daß die Erfolgsaussichten des Donauplanes bereits stark vermindert seien. Die deutsche und die italienische Regierung sind allem, was zwischen Tardieu und MacDonald vereinbart worden ist, feindselig gesinnt und nicht nur feindselig, sondern sie bemühen sich aktiv darum, den Gedanken einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Länder selbst zu zunichte zu machen. Noch weniger sachlich und noch härter polemisch gehalten sind die Ausführungen des Berichterstatters des „Matin“, dessen Wandlung in den letzten Wochen ja allgemein aufgefallen ist. Er erzählt: Morgen, vielleicht übermorgen werden die Verhandlungen möglicherweise in eine Sackgasse geraten und zum Scheitern verurteilt sein, von dem man heute spricht, und wofür Deutschland und Italien die Verantwortung werden übernehmen müssen.

„Petit Parisien“ sagt, wenn die Konferenz sich nicht in günstigem Sinne entwickelt, dann würden Rom und Berlin, so verlust auch „Petit Parisien“ die Schuldfrage vorweg zu nehmen, die volle Verantwortung für das Scheitern der Londoner Verhandlungen übernehmen müssen.

Berlin, 7. April. In den französischen Presseäußerungen über die Londoner Verhandlungen zur Donaufrage kommt offensichtlich die Tendenz zum Ausdruck, die Verantwortung für die entstandenen Schwierigkeiten Deutschland zuzuschreiben und Deutschland nötigenfalls auch als den Uebelthäter an einem etwaigen Scheitern der Verhandlungen hinzustellen.

In hiesigen politischen Kreisen wird demgegenüber mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß derartige Auffassungen auch nicht die geringste positive Grundlage haben können. Deutschland hat von Anfang an sich ganz energisch für realisierbare Lösungen des Donauplanes eingesetzt. Der deutsche Vorschlag, den Agrarländern an der Donau Beihilfen zu leisten und Österreich eine allgemeine Präferenz zu gewähren, lag auf der gleichen Linie wie die ursprünglichen französischen Pläne, die vor dem Tardieu-Memorandum die Grundlage der Erörterungen bildeten. Schon in den Verhandlungen des deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses im vergangenen Herbst herrschte völlige Einigkeit darüber, daß von Deutschland und Frankreich gemeinsam Präferenzpläne verfolgt werden sollten. Der Tardieu-Plan stellt demgegenüber einen völligen Stellungswechsel der französischen Politik dar. Nach Auffassung hiesiger amtlicher Kreise dürfte Frankreich, nachdem es den Weg der Präferenzen verlassen hat, keine Verantwortung haben, Deutschland, das an diesem als richtig erkannten Gedanken festhält, Vorwürfe zu machen. Im übrigen hat ja Frankreich auch in der allgemeinen europäischen Wirtschaftspolitik insofern eine bemerkenswerte Schwendung gemacht, als es von seinem absehbaren Standpunkt gegen regionale Zusammenschlüsse abgegangen ist und jetzt im Tardieu-Plan von sich aus einen regionalen Zusammenschluß der Donauländer vorschlägt. Wenn Frankreich seine Pläne damit begründet, daß die fünf Donauländer schon jetzt 40 Prozent ihres Warenaustausches untereinander decken und auf

dieser Zahl die Notwendigkeit eines noch engeren wirtschaftlichen Zusammenschlusses der fünf Staaten beruht, so dürfte gerade dieses Argument vielmehr gegen einen engeren Zusammenschluß als dafür sprechen. Zunächst einmal scheint die Zahl von 40 Prozent reichlich hoch gegriffen zu sein, wenn auch eine statistische Berechnung des gegenwärtigen Warenaustausches der Donauländer schwer vorzunehmen sein dürfte, so mag immerhin als wahr unterstellt werden, daß dieser Warenaustausch annähernd 80 bis 85 Prozent des gesamten Warenverkehrs der einzelnen Donauländer ausmacht. Aber gerade die Tatsache, daß trotz so starken gegenseitigen Warenaustausches die Wirtschaftskrisis in den Donauländern überhaupt diesen Umfang annehmen konnte, beweist doch eigentlich zur Genüge, daß auf dem Wege eines engeren Zusammenschlusses keine ausreichende Hilfe zu erwarten ist, sondern daß das Gebot auferhalb dieses engeren Donauraumes mit endzweck werden müßte, so wie es in den deutschen Präferenzplänen vorgesehen wird.

An hiesigen unterrichteten Stellen ist man der Auffassung, daß aus den gegenwärtigen wirtschaftlichen Nöten der Donauländer auf der Londoner Donaukonferenz nicht auf ernsthafte politische Gegenstände geschlossen werden darf. Wie hier in London vertretener Mächte sind sich in dem Ziel völlig einig, daß den Donauländern schnell geholfen werden muß. Der deutsche Standpunkt ist es, daß die Mächte, die Deutschland für eine wirklich realisierbare Hilfe für die Donauländer eintritt, aber andererseits nur Mägen seine Zustimmung geben kann, die nicht vitalen Interessen Deutschlands widersprechen.

Vertagung der Donaukonferenz

London, 8. April. Die Viermächtekonferenz hat sich heute ohne weitere Angabe eines Termins für den Wiedervereintritt vertagt.

(Nach Redaktionschluss eingegangen.)

Heute Diskontsenkung

Einberufung des Zentralausschusses der Reichsbank

Berlin, 7. April. Der Zentralausschuss der Reichsbank ist für Freitag, den 8. April, 8 Uhr nachmittags einberufen worden. In Bankkreisen rechnet man, wie W.B.-Handelsblättchen erzählt, mit einer Diskontsenkung um 1 Prozent, während bei vorsichtiger Beurteilung der Gesamtlage eine über 1/2 Prozent hinausgehende Diskontsenkung nicht als wahrscheinlich gelten kann.

98000 Arbeitslose weniger

Berlin, 7. April. Nach dem Bericht der Reichsanstalt wurden Ende März bei den Arbeitsämtern 6031000 Arbeitslose gezählt, das sind 98000 weniger als Mitte März. In der Arbeitslosenversicherung wurden 1579000 Hauptunterstützungsbekämpfte (Wohnahme 158000), in der Krisenfürsorge 1744000 (Wohnahme 27000) gezählt. Die Zahl der Wohlfahrtsberwerblosen betrug Ende März 1948000 gegen 1833000 Mitte März.

Die Wahlvorbereitungen im Memelgebiet

Memel, 7. April. Alle politischen Parteien sind feierhaft mit den Wahlvorbereitungen für den memelländischen Landtag beschäftigt. Am schnellsten arbeiten die Litauer. Die sogenannte „wirtschaftliche Autonomiepartei“ ist bereits mit der Aufstellung der Listen fertig. Allein diese eine litauische Partei hat im Memelgebiet sieben Listen aufgestellt. Die beiden Mehrheitsparteien des früheren Landtages halten jetzt noch Beratungen mit den Wahlvorbereitungen ab, nach deren Beendigung die Aufstellung der Listen erfolgen wird.

Ergebnis der Reichsbahnleihe

Berlin, 7. April. Bis zum 4. April einschließlich wurden insgesamt 248,3 Millionen RM auf die steuerfreie Reichsbahnleihe 1931 gezeichnet.

Keine Rundfunkansprache Hindenburgs zum zweiten Wahlgang

Berlin, 8. April. Wie die „D. N. Z.“ von unterrichteter Seite erzählt, steht nunmehr fest, daß vor dem zweiten Präsidentschaftswahltag keine Rundfunkansprache des Reichspräsidenten mehr erfolgt. Die Reichsregierung beschränkt sich auf die Rundfunkübertragung der Königs-

berger Rede Dr. Brüning am Sonnabend, die nach einigen Schwierigkeiten nunmehr gesichert ist.

Flottenmeuterei und Militärputsch in Ecuador

Guayaquil, 7. April. Die Besatzungen der beiden Kanonenboote „Tarqui“ und „Cotopaxi“ meutern. Die beiden Kanonenboote, die übrigens die einzigen Kriegsschiffe der Republik Ecuador sind, dampften heute in dem Augenblick aus dem Hafen, als der Dampfer „Vobegrasen“ mit dem ehemaligen Präsidenten Plaza Gutierrez an Bord eintraf. Die Hafenbehörden wurden durch das Verhalten der beiden Kanonenboote vollkommen überrascht. Erst später wurde bekannt, daß auch die Garnison des Forts Punta Piedra rebellierte. Die ganze Bewegung scheint ein Versuch zu sein, eine Landung des Präsidenten Plaza Gutierrez zu verhindern. Die Regierung entsandte sofort den Dampfer „Guayaquil“ mit einer Abteilung Marineinfanterie an Bord nach Punta Piedra, um den Aufstand dort niederzuwerfen.

„Hinweg mit Illusionen!“

Reichskanzler Brüning spricht in Hamburg

Hamburg, 7. April. In Hamburg fand der Wahlkampf am Donnerstag seinen Höhepunkt mit zwei Nimmungs- und zahlreich impolitischen Reden, in denen der Reichskanzler Dr. Brüning vor annähernd 20000 Menschen sprach. Dr. Brüning wurde beim Erscheinen mit minutenlangem Beifall begrüßt. Ich trete, so führte er aus, in dieser Krise durch Deutschland für die Kandidatur Hindenburgs ein aus menschlichen und aus politischen Gründen. Man hat mir, auch hier in Hamburg, den Vorwurf gemacht, ich solle lieber nach London gehen. Dieser Vorwurf ist naiv. Es ist nicht meine Schuld, daß ich nicht gehen kann; es wird in London überdies, dessen seien Sie versichert, nichts verdrorben werden. Ich habe vor diesem zweiten Wahlgang und vor den Wochen zwischen dem ersten und zweiten Wahlgang gewarnt; denn was in dieser Zeit verloren wird, das ist tatsächlich in mancher Beziehung verloren. Aber mein Weg ist in diesen Tagen auf meiner Befehlshöhe hier im Lande. Das ist wichtiger. Dr. Brüning beschloß die Rede mit dem Hinweis auf den maßlosen Agitationsfeldzug der Nationalsozialisten. Auch auf das Rinderbock-Interview Hitzers kam der Kanzler zu sprechen. Einen Augenblick lang habe damals Hitler einen „haarmannischen Anflug“ gehabt. Dieser Augenblick hätte eigentlich für seine ganze Gefährlichkeit genügen müssen, den Spuk mit einem Male verschwinden zu lassen. Die heutige Not ist unabhängig von politischen Konstellationen. Die allgemeine Not in der Welt jagt nur für die Tatsache, daß es in der Weltwirtschaft seit einem Jahrzehnt kein System gegeben hat. — An den Notverordnungen ist nicht im einzelnen vieles zu tabeln, aber es handelt sich da-